FriedensBüro Salzburg

2022 HERBST

KRANICH

Zeitung des Salzburger Friedensbüros

INTERVIEW
„Redet mit uns und nicht über uns“ S. 04

EXTRREME RECHTE
Die extreme Rechte und Russland S. 10

INTERVIEW
„Plötzlich sind Schauspieler*innen an der Front“ S. 12

DER DIALOG hat gegenwärtig einen schweren Stand. Befürworter*innen des Dialogs werden häufig als naive Träumer*innen belächelt. Tatsächlich haben in Kriegszeiten zivile, gewaltarme Formen der Konfliktbearbeitung auf internationaler Ebene keine Hochkonjunktur. In unserem Symposium „Dialog über Grenzen - Grenzen des Dialogs“ rücken wir den Dialog in den Fokus. Wir werfen einen kritisch-reflektierenden Blick auf Dialogprozesse und -initiativen, diskutieren ihre Potentiale und Grenzen und beleuchten konstruktive Gestaltungsmöglichkeiten praxisnah und anschaulich. Referent*innen des Symposiums kommen in dieser Ausgabe zu Wort. Ihre Beiträge erlauben vielschichtige und lohnende Einblicke in Fragen wie: Wie bleiben wir überhaupt in Dialog? Was braucht Dialogfähigkeit? Wie können Dialogprozesse mit schwer traumatisierten Menschen gelingen?

Die Redaktion

SYMPOSIUM „DIALOG ÜBER GRENZEN - GRENZEN DES DIALOGS“ | SEITE 16

KRANICH

INHALT

02 **Kommentar**

03 **Kurz & Bündig**

04 **„Redet mit uns und nicht über uns“**

06 **Mehr Dialog wagen...**

08 **Die Anerkennung des Unsagbaren**

09 **Die extreme Rechte und Russland**

12 **„Plötzlich sind Schauspieler*innen an der Front“**

14 **Veranstaltungen**

KONTAKTBOX

So können Sie uns erreichen:

Friedensbüro Salzburg
Franz-Josef-Str. 3, 5020 Salzburg
tel: 0662/87 39 31
e-mail: office@friedensbuero.at
www.friedensbuero.at
Bankverbindung: Salzburger Sparkasse,
IBAN: AT102040400000017434
Öffnungszeiten:
Mo bis Mi: 9–11 Uhr • Do: 15–18 Uhr

IMPRESSUM

DER KRANICH
Nr. 03/2022
An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Christine Czuma, Daria Dachs, Hans Peter Graß, Elisabeth Kocher, Kristina Langeder-Höll, Martin Sturmer, Barbara Wick **Layout:** Kristina Langeder-Höll, Martin Sturmer **Titelbild:** Annette Rollny | fokus visuelle kommunikation **Grafisches Grundkonzept:** Eric Pratter

Magdalena Mühlböck, *Universitätsassistentin am Institut für Germanistik der Universität Klagenfurt, ehemalige Mitarbeiterin im Friedensbüro Salzburg*

Gesellschaftliche Polarisierung im Rahmen des Ukraine-Kriegs

Kaum ein Ereignis hat die Gesellschaft so sehr gespalten wie der Krieg in der Ukraine. Auf die russische Invasion folgen zahlreiche Solidaritätsbekundungen mit der ukrainischen Zivilgesellschaft.

Während diese noch andauernde Hilfsbereitschaft ein wichtiges Zeichen für ein friedliches Miteinander ist, führen Analysen des kriegerischen Geschehens schon bald zu einem binären Wertesystem, das eine klare „böse“ und „gute“ Seite benennt. Pauschalisierungen beeinflussen die Weltpolitik, die mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen die russischen Kriegstreiber vorgeht.

Dieses politische Geschehen hat Auswirkungen auf die Gesellschaft: Nicht immer wird zwischen Personen mit russischem Hintergrund und den (meist männlichen) russischen Entscheidungsträger*innen differenziert. Als identitätsstiftend wird die Nationalität gesehen, die den Platz in diesem binären System bestimmt. Dieser Diskurs hat sich unter anderem in der Frage niedergeschlagen, ob russischen Künstler*innen eine Bühne oder Plattform gegeben werden soll.

Neben der eindeutigen Verurteilung des russischen Angriffskrieges und der kritischen Beobachtung der Kriegsführung auf beiden Seiten, ist es vor allem notwendig, nationalistische Zuschreibungen zu dekonstruieren und einen offenen Dialog zu fördern. In einem transnationalen und transkulturellen Gespräch sollen nicht nur zwei „Seiten“ aufeinandertreffen, sondern eine polyphone Gesellschaft gleichberechtigt teilnehmen.

Wenn wir von der Überwindung von Spaltung sowie von der Verarbeitung von Polarisierungen sprechen, ist es notwendig, Menschen in ihren Ängsten wahrzunehmen und ein gemeinsames Bedürfnis nach Friede sowie Gerechtigkeit zu erkennen. Dialoge sind aber auch Prozesse, deren Realisierung Zeit, Rücksicht und Sensibilität braucht. Dabei ist es wichtig, Gespräche nicht nur auf politischer und struktureller Ebene zu führen, sondern vor allem auch in der Zivilgesellschaft.

Durch die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Bereichen, sei es die Wissenschaft, die Bildung oder die Kultur sowie Kunst. Wenn wir über Grenzen hinweg denken, tragen wir zu einem neuen Solidaritätsbegriff bei, der über Kategorisierungen hinausgeht.

Magdalena Mühlböck

Kurz & Bündig

Friedenszentrum Schlaining ist 40

Das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ASPR) im südburgenländischen Stadtschlaining (Bezirk Oberwart) hat Anfang Oktober sein 40-Jahr-Jubiläum gefeiert. In seiner Grußbotschaft hob der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon die wachsende Bedeutung des Friedenszentrums hervor. Mit Projekten auf drei Kontinenten und einer breiten geografischen und thematischen Expertise sei das ASPR auf dem Weg zu einer der führenden Friedensorganisationen in Europa.
Die Geschichte des ASPR begann im Jahr 1982 mit der Gründung des „Österreichischen Instituts für Friedensforschung" (ÖIF) durch Gerald Mader, burgenländischer Landesrat für Kultur, und der damaligen Wissenschaftsministerin Dr. Hertha Firnberg. Nach seinem Ausscheiden aus der Landespolitik 1985 leitete Mader das ASPR als ehrenamtlicher geschäftsführender Präsident bis 2014. Durch die Verbindung von Forschung, Bildung und Konfliktbearbeitung hat das ASPR ein starkes Alleinstellungsmerkmal. Das Alumni-Netzwerk umfasst heute mehr als 8.000 Personen. Viele davon sind in hochrangigen Positionen tätig - in der Politik, in der akademischen Lehre, in Friedensmissionen, in der humanitären Hilfe und in der Entwicklungszusammenarbeit.

MS

Appell für den Schutz von Verweiger*innen

Am 6. April 2022 hatte der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, russische Soldaten zur Desertion aufgerufen und ihnen Schutz nach dem Flüchtlingsrecht versprochen. Dieses Versprechen wurde bis heute nicht eingelöst. Gerade angesichts der von Putin ausgerufenen Teilmobilisierung wäre das aber dringlicher denn je! Im Juni 2022 richteten 60 Organisationen aus 20 Ländern einen Appell an das Europäische Parlament, mit dem sie ausführlich darlegten, warum ein Schutz und Unterstützung für Deserteur*innen und Verweiger*innen auf allen Seiten des Ukrainekrieges notwendig und richtig ist. „Dabei wissen wir", so der Appell, „dass sich auf allen Seiten Männer und Frauen den Verbrechen des Krieges entziehen. Zehntausende verließen die Russische Föderation und Belarus um nicht für den Krieg rekrutiert zu werden. Tausende verließen die Ukraine, weil sie ihr Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in Gefahr sehen. Sie alle sind unsere Hoffnung für eine Überwindung der Gewalt."

Zum Appell: https://you.wemove.eu/campaigns/russland-belarus-ukraine-schutz-und-asyl-fur-deserteure-und-verweigerer

HPG

Neue Broschüre: „Frieden ist möglich"

Frieden ist möglich – aber sicher. Das war das Motto der Tagung des Internationalen Versöhnungsbundes vom 12. bis 14. November 2021 in Linz. Nun ist eine Broschüre erschienen, welche die Gedanken und Beiträge der Tagung zusammenfasst und sie in einen aktuellen Kontext rückt.
In verschiedenen europäischen Staaten findet gegenwärtig eine zivilgesellschaftliche Diskussion zum Thema „Sicherheit neu denken" statt. Eine gemeinsame, umfassende und menschliche Sicherheit geht über eine militärisch verstandene, staatliche Sicherheit weit hinaus. Was kann die Grundhaltung und Methodik der aktiven Gewaltfreiheit zu einem gerechten und nachhaltigen „Frieden durch friedliche Mittel" beitragen?
Die Broschüre, die vom Internationalen Versöhnungsbund und der Grünen Zukunftsakademie FREDA herausgeben wird, liefert auf 152 Seiten wertvolle Impulse zu Überlegungen einer europäischen Friedenspolitik.
Mit Beiträgen von Ralf Becker, Irmgard Ehrenberger, Jakob Frühmann, Friedrich Glasl, Hildegard Goss-Mayr, Lucia Hämmerle, Pete Hämmerle, Maria Hasibeder, Karen Hinrichs, Harald Rettner, Thomas Roithner, Manfred Scheuer, Katrin Seifried, David Stögmüller, Anna Wall-Strasser, Werner Wintersteiner und Cristina Yurena Zerr.

Zur Broschüre: https://www.versoehnungsbund.at/broschuere-frieden-ist-moeglich/

MS

Das Zitat

BILD: FOTO FLAUSEN, www.flausen.at

„Denn ich bin überzeugt, dass den Friedensbaum mit Blut zu gießen ihn nur ersticken lässt." *Jad Turjman schreibt auf seiner Website (www.jadturjman.com), warum er nach dem Erhalt seines Einberufungsbefehls Syrien verließ. Jads tödlicher Unfall im Juli löste auch im Friedensbüro tiefe Bestürzung aus. Er war seit kurzem als Referent für unseren Verein tätig.*

„Redet mit uns und nicht über uns“

Lidiia Akryshora über Solidarität und die Grenzen des Dialogs

Das Gespräch führte Hans Peter Graß.

FOTO: Viktoriya Kalabuza

Viele Menschen in der Ukraine begegnen den internationalen Vorschlägen zum Dialog mit Russland mit großer Skepsis. Im Kranich-Interview erläutert Lidiia Akryshora, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit ein Dialog überhaupt möglich wird.

Kranich: Wer ukrainische Menschen auf die Frage der Wirksamkeit bzw. Notwendigkeit von Dialogprozessen anspricht, erntet in der Regel große Skepsis. Worin liegt dieser Reflex begründet?
Akryshora: Dieser Reflex hat in erster Linie mit dem Zeitpunkt und der aktuellen Situation zu tun. Wie wir alle wissen, ist der russische Angriffskrieg noch nicht zu Ende, so sehr wir uns das auch wünschen. Die Frage des Dialogs ist aber auch eine der Ressourcen. Ich denke, um Dialog zu einem späteren Zeitpunkt überhaupt zu ermöglichen, müssen wir zu diesem Zeitpunkt alle unsere Kräfte darauf konzentrieren, dass der Krieg zu einem Ende kommt. Die angesprochene Skepsis hat damit zu tun, dass diese Tatsache nicht immer realisiert bzw. anerkannt wird.

Kranich: Welche politischen Voraussetzungen braucht es, um überhaupt sinnvoll in Dialog treten zu können?
Akryshora: Um Dialog stattfinden zu lassen, brauchen wir ein paar wichtige Dinge: Das Wichtigste ist es, dass beide Seiten bereit sind, diesen Dialog zu führen. Die Menschen in der Ukraine haben aber am 24. Februar 2022 – aber genauso ab 2014 - erfahren müssen, dass Russland in dem derzeitigen Zustand dazu nicht bereit ist. Für einen Dialog braucht man jemanden, der zuhören will, eine andere Meinung akzeptieren und vor allem eigene Fehler eingestehen kann. Das beginnt mit der Anerkennung der Tatsache, dass Russland die unabhängige Ukraine, entgegen jedem internationalen Recht, angegriffen hat.
Es gab in den letzten 15 Jahren und auch vorher viele Möglichkeiten und Versuche, Dialog zu führen, gerade im akademischen Bereich, wo es viele Konferenzen, Workshops, Veranstaltungen dazu gab. Wir sehen aber jetzt, dass da nicht viel gehalten hat. Ein Grund für die Skepsis liegt auch darin, dass diejenigen in der Europäischen Union, die zum derzeitigen Zeitpunkt Dialog vorschlagen, zu wenig anerkennen, dass Russland vielleicht einen Dialog mit der Vergangenheit führen möchte, aber die Unabhängigkeit der Ukraine noch nicht realisiert hat.

Kranich: Sie sprechen damit an, dass diese asymmetrische Beziehung gegenüber Russland eine ist, die eine lange Vorgeschichte hat und erst einer Aufarbeitung bedarf? Kann man mit Dialogschritten so lange warten, bis diese historische Aufarbeitung abgeschlossen ist?
Akryshora: Eine Voraussetzung bleibt zuallererst, dass Russland vorher diesen Krieg verlieren muss. Die wichtige Forderung nach „Stop War“ muss sich nach wie vor an Russland wenden. Für die Ukraine geht es da um einen Überlebenskampf und die Frage der Existenz als freies Land.

Kranich: Wenn wir von Dialog sprechen, dann ist nicht nur das „Wann?“, sondern auch das „Mit wem?“ von Bedeutung. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen der russischen Föderation als staatlichem Aggressor und der russischen Zivilbevölkerung an sich.
Akryshora: Natürlich ist diese Unterscheidung wichtig. Ich möchte aber noch in Erinnerung rufen, dass in den ersten

Wochen nach dem Angriffskrieg Ukrainer*innen sehr schmerzhafte Erfahrungen damit gemacht haben, dass russische Verwandte dem eigenen Staatsfernsehen und der russischen Propaganda mehr geglaubt haben als ihren eigenen Leuten und Nachbar*innen.
Mir ist dabei der Satz „How to make people care?" sehr wichtig, der darauf verweist, dass, wer Verantwortung und Schuld eingestehen kann, ein hohes Maß an Selbstbestimmung haben muss. Und da fällt mir schon auf, dass es der russischen Gesellschaft, auch der Zivilgesellschaft, mit ihrem hohen Maß an Konformismus und Identifikation mit der politischen Elite, schwerfällt, diese Verantwortung zu übernehmen. Ein Aspekt, der übrigens auch ukrainische Menschen betrifft, was sich daran zeigt, dass sie auch die früheren Kriege in Georgien oder in Tschetschenien einfach hingenommen haben, ohne darauf in dem Ausmaß zu reagieren, wie es vielleicht nötig gewesen wäre.

Kranich: Pussy Riot ist im September auch in Österreich aufgetreten. Welche Rolle können russische Oppositionelle bzw. russische Menschen in der Diaspora, die den Krieg entschieden ablehnen, in den notwendigen Friedensprozessen der nächsten Jahre spielen?
Akryshora: Ich denke, dass es sehr wichtig ist, dass russische Oppositionelle, auch wenn sie viel zu wenig sind, die Wahrheit erzählen und zwar nicht nur der europäischen Öffentlichkeit, sondern auch den eigenen Leuten in Russland. Es ist deren Aufgabe, ganz klar und eindeutig zu kommunizieren, was in der Ukraine passiert und dass es sich dabei um einen Krieg handelt. Gerade dieser Aspekt der Benennung als Krieg statt als Spezialoperation zeigt, wie wichtig es ist, sehr stark immer wieder auf die Begriffe zu achten und sie richtig zu stellen. Gerade gestern hatte ich eine Begegnung mit einer Frau aus Moskau, die sich zwar gegen Putins Politik ausgesprochen und deshalb auch Russland verlassen hat, die sich aber trotzdem geweigert hat, den Begriff des Krieges zu verwenden und stattdessen von „bezobrazije", also Chaos oder Verbrechen, gesprochen hat.
Mir fällt dabei aber noch ein anders persönliches Beispiel ein: Während des Maidan, also zu einem Zeitpunkt, an dem Russland die Ostukraine und die Krim bereits annektiert hatte, hatte ich hier in Wien ein Medienpraktikum. Dabei habe ich mich einer russischen Kollegin, die in etwa gleich alt war wie ich, sehr kritisch gegenüber Putins Politik geäußert. Sie hat diese Kritik sofort als eine Beleidigung ihrer Person interpretiert. Da habe ich schon bemerkt, wie schwer es Menschen fällt, sich selber und ihre persönliche Situation von der politischen Positionierung und der politischen Rhetorik ihrer eigenen Gruppe, in diesem Fall der russischen, zu unterscheiden.

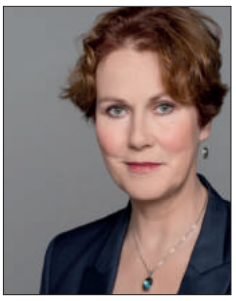
Kranich: Die Folge von Kriegen sind immer massive kollektive Kränkungen. Wie kann es gelingen, diesen traumatisierenden Erfahrungen Platz zu geben und gleichzeitig die notwendige politische Analyse zu entemotionalisieren? Braucht es diesbezüglich vielleicht auch eine Arbeitsteilung zwischen Menschen, die unmittelbar betroffen sind und solchen, die mehr Distanz haben?
Akryshora: Das ist eine sehr wichtige Frage und meine spontane erste Forderung wäre: Redet mit uns und nicht über uns! Was mir schon aufgefallen ist, dass hier in Österreich - beim Versuch beide Seiten, die russische und die ukrainische, zu verstehen - die russische Position sehr stark beleuchtet wurde und man dadurch auch den Russ*innen die Möglichkeit genommen hat, sich selber mit diesem Regime und ihrem Konformismus zu beschäftigen. Ich habe auch wahrgenommen, dass ukrainische Menschen, gerade durch den starken Widerstand, immer stärker als handelnde Subjekte wahrgenommen wurden.
In Bezug auf die Frage der Entemotionalisierung würde ich schon unterscheiden zwischen den unmittelbar betroffenen Menschen, die in der Ukraine leben, und der ukrainischen Diaspora im Ausland. Ich beobachte schon, dass Leute wie ich aus der Distanz zunehmend fähig werden, einen analytischen Blick auf dieses Thema zu haben. Ich habe zum Beispiel viel mehr Kraft, mich mit unterschiedlichen Positionen kritisch auseinanderzusetzen und Strategien zu finden, wie man mit verschiedenen Seiten kommunizieren kann. Aber ich fände es problematisch, vielleicht auch imperialistisch, die Sichtweise von Menschen in der Ukraine auf ihre Emotionalität zu reduzieren. Ich denke, dass es für uns von außen, damit meine ich die Österreicher*innen aber auch die ukrainische Diaspora, ganz wichtig ist, diese Emotionen einfach wahrzunehmen und zuzuhören und alles zu tun, um diese kommunikative Lücke zu schließen.

Kranich: Zu Beginn des Krieges im Februar dieses Jahres war die Solidarität mit der Ukraine in Österreich und in der ganzen Europäischen Union sehr ausgeprägt. Je länger der Krieg dauert, desto größer wird die Gefahr, dass die öffentlichen Solidarisierungseffekte abnehmen und der Krieg als ein Krieg von vielen anderen wahrgenommen wird. Wie kann es gelingen, das tägliche Leid in der Ukraine permanent zu thematisieren und nicht in Vergessenheit geraten zu lassen?
Akryshora: Ich denke, dass die Wahrnehmung des Krieges in der Ukraine in den nächsten Monaten natürlich bleibt, der Fokus sich aber zunehmend in Richtung der Energiekrise innerhalb der Europäischen Union verschieben wird. Im kommenden Winter werden wohl auch die Versuche Putins, die EU zu spalten und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in Europa zu zerstören, zunehmen. Daher müssen wir ehrlich sein und realisieren, dass die Zeit, wie es vor dem Februar war, vorbei ist. Es wird zunehmend nicht mehr nur um die Ukraine gehen, sondern es werden sich für jede*n Einzelne*n Fragen stellen, wie wir die nächsten dreißig oder fünfzig Jahre leben werden. Die Ukraine braucht kein Mitleid, die Ukraine braucht Solidarität und starke, nicht immer bequeme Entscheidungen. Ich denke, es geht auch um eine Auseinandersetzung zwischen dem ökonomischen und dem moralischen Wertesystem und die Frage, welches sich da durchsetzen wird.
Die Frage wird auch sein, inwieweit die Menschen in der Europäischen Union längerfristig bereit sein werden, mehr z.B. für Energie zu zahlen, dafür aber in mehr Frieden und Freiheit zu leben. Ich sage bewusst Europäische Union und nicht Europa, weil die Ukraine natürlich ein Teil davon ist.

Kranich: Vielen Dank für das Gespräch!

Lidiia Akryshora *ist Freelance Journalistin und Kommunikationswissenschaftlerin. Sie arbeitet als Research Assistent mit Professor Timothy Snyder im Rahmen des Programms „Ukraine in European Dialogue" am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien.*

Ljubjana Wüstehube & Dirk Splinter, *Mediator*innen*



Mehr Dialog wagen…

… aber doch nicht jetzt! Oder: Jetzt erst recht?

Von Ljubjana Wüstehube & Dirk Splinter.

BILD: Friedensbüro Salzburg

Die Community ukrainischer Mediator*innen und Dialogexpert*innen lehnt den Dialog zwischen Ukrainer*innen und Russ*innen zum jetzigen Zeitpunkt ab. Für Ljubjana Wüstehube und Dirk Splinter braucht es bestimmte Dialogformate auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen, um einen anhaltenden europäischen Frieden zu gestalten.

Noch nie in den letzten Jahrzehnten hatte Dialog einen so schlechten Ruf wie heute. Während ob der polarisierten gesellschaftlichen Debatte über die Corona-Maßnahmen noch viele auf die positiven Möglichkeiten des Dialogs gehofft hatten – und es gibt inzwischen zahlreiche Beispiele für gelungene Dialoge in diesem Bereich – so scheint mit Beginn der russischen Invasion der Ukraine klar zu sein: Zu viel Dialog ist naiv und schadet. Zahlreiche westliche Akteure und Staaten, zu denen auf jeden Fall Österreich und Deutschland zu zählen sind, hätten, so hören wir täglich, zu sehr auf Dialog mit Russland gesetzt und zu wenig auf „klare Kante". Hätten wir, der Westen, nicht so „lasch" auf die Krim-Annexion reagiert – so diese Argumentation – dann wäre es nicht zum jetzigen Krieg gekommen.

Diese Vorbehalte sind nicht neu. In unserem Buch (Splinter/Wüstehube 2020) haben wir diese und andere klassische Einwände gegen Dialoge benannt und ausführlich analysiert, so z.B. „Dialog belohnt den Gegner für seine Untaten!"; „Dialog ist Appeasement und stärkt den Gegner!", „Dialog wird zu Propaganda- und PR-Zwecken missbraucht!" und „Dialog reißt unnötig Wunden auf". Wir wollen diese Diskussion hier nicht wiederholen und verweisen zudem mit Blick speziell auf die Ukraine auf ein Papier zu Chancen und Risiken von Verhandlungen, an dessen Erarbeitung wir als Mitglied der Initiative Mediation Support Deutschland mitgewirkt haben (IMSD 2022).

Mit Dialog werden in öffentlichen Diskursen meist offizielle Gespräche auf Regierungsebene assoziiert. Als Fachbegriff umfasst Dialog aber auch Gesprächsprozesse auf mittlerer gesellschaftlicher- und auf Graswurzel-Ebene (track2/3). Insbesondere seit 2014 wurden solche Dialoge innerhalb der Ukraine und in geringerem Umfang zwischen ukrainischer und russischer Zivilgesellschaft z.B. vom Auswärtigen Amt in Deutschland, der EU und der OSZE gefördert. Wir selbst waren im Kontext der Unterstützung inner-ukrainischer Dialoge von 2014-2017 sowie von 2018-2022 im deutsch-ukrainisch-russischen Dialog tätig. Dabei ging es zunächst um die gefährliche Situation in Odessa, nachdem am 2. Mai 2014 bei Protesten ca. 50 Menschen ums Leben kamen. Später ging es in einem mehrjährigen Dialogprozess um die Reflektion der extrem widerstreitenden Narrative zur Entwicklung des Verhältnisses Russlands mit „dem Westen" sowie Russlands und der Ukraine seit Ende des Kalten Krieges.

Alles umsonst gewesen? Ja, so fühlt es sich zuweilen an. Mit dem russischen Angriffskrieg und symbolisch noch

durch den Tod Gorbatschows bestätigt, scheint die gesamte Arbeit von 30 Jahren seit Ende des Kalten Krieges zerstört. Wenn man genauer hinschaut, sind dennoch die hart erarbeiteten positiven Ergebnisse von Dialogprozessen Anknüpfungspunkte für eine Zeit nach dem Krieg: Wir werden es mit Jahrzehnten der Aufarbeitung zu tun haben - umso wichtiger, alle vorhandenen Ansätze und Brücken zu nutzen.

Gleichzeitig müssen wir, und das gehört zu jeder professionellen Dialogplanung dazu, stets darauf achten, konfliktsensitiv vorzugehen. Niemand darf, sei es auch nur versehentlich, verletzt oder gar traumatisiert werden, niemandem darf etwas übergestülpt werden, wir müssen genau darauf achten, wer zu welcher Zeit, mit welcher Rahmensetzung und Agenda sich mit wem freiwillig zusammensetzt, wer die geeigneten Veranstalter*innen und wer mögliche und von allen Seiten akzeptierte Facilitator*innen sein können.

Wichtige Hinweise, welche Ängste und Widerstände Dialogvorhaben auslösen können, enthält das im Mai veröffentlichte Statement der professionellen Community ukrainischer Mediator*innen und Dialogexpert*innen (7 Points 2022). Dort wird Dialog zwischen Ukrainer*innen und Russ*innen zum jetzigen Zeitpunkt eindeutig abgelehnt. Dies sei retraumatisierend, käme psychischer Gewalt gleich. Ukrainer*innen kämpften um ihr Überleben, heißt es in dem Statement. Da sei kein Platz für Dialog, auch nicht mit Russ*innen, die ausdrücklich gegen den Krieg sind.

Diese Position ist außerordentlich verständlich. Viele Ukrainer*innen haben schlimmste Fluchterfahrungen und Kriegserlebnisse, sind zerrissen vor Sorge um ihre Angehörigen. Ihre Zukunft ist ungewiss, sie sind täglich mit neuen Berichten über Zerstörung und Tod konfrontiert. Wut, Angst, Hilflosigkeit münden in einer quasi natürlichen strikten Ablehnung von allem, was russisch ist. Andererseits ist dies eine niederschmetternde Nachricht für hunderttausende Russ*innen, die ihr Land verlassen haben. Es gibt – noch wenig beachtet - eine immer noch wachsende Diaspora von sogenannten „Global Russians“, die ihre gesicherten Existenzen, ihr gesamtes bisheriges Leben aufgegeben, z.T. Gesundheit und Freiheit riskiert haben, weil sie öffentlich gegen den Krieg protestieren und publizieren.

Wir möchten betonen: Professionelle Dialogprozesse sind kein „Friede-Freude-Eierkuchen-Getue“. Dialog ist nicht der von außen wohlmeinend an Ukrainer*innen herangetragene Wunsch nach Gesprächen mit Russ*innen mit dem schwammigen Ziel, sich doch zu verstehen oder sogar zu versöhnen – während gleichzeitig ein grausamer Krieg geführt wird. Solche Versuche werden zu Recht - und nicht nur von ukrainischer Seite - als zynisch empfunden. Versöhnung kann nie erklärtes Ziel eines Dialoges sein, damit wäre ja schon der ganze Dialogprozess, der immer ein offener sein muss, ad absurdum geführt. Symbolische Handlungen oder Bilder, wie z.B. ein Handschlag mit einer in ukrainischen und einer in russischen Nationalfarben angemalten Hand, werden in der Ukraine von vielen als Zynismus empfunden.

Dennoch gibt es Kontexte, in denen schon jetzt Dialog sinnvoll ist. So haben wir z.B. für eine russischsprachige Schule in der Schweiz, in der seit Jahren Kinder mit Elternteilen aus der Schweiz sowie dem gesamten postsowjetischen Raum unterrichtet werden, ein Konzept für Dialoge zwischen Eltern entwickelt, bei dem es v.a. um das Zusammenleben der Kinder und der Schulgemeinschaft geht: Vor dem Hintergrund des Krieges kam es (nicht nur) hier schlagartig zu Polarisierungen, Mobbing und Gewalt unter den Schüler*innen.

Auch gibt es Zusammenhänge, in denen sowohl russische als auch ukrainische Akademiker*innen in Forschungsnetzwerken gemeinsam z.B. an politischen und soziologischen Fragestellungen arbeiten und sich verständigen (müssen). Dort gibt es Ukrainer*innen, die das Gespräch und die Zusammenarbeit mit „Global Russians“ suchen. Dies findet meist unter dem Radar der Öffentlichkeit statt. Zu groß sind Befürchtungen auf beiden Seiten: für die Ukrainer*innen, von eigenen Leuten als Verräter*innen betrachtet zu werden; auf russischer Seite fürchtet man z.T. den langen Arm des FSB und Repressalien für Verwandte in Russland.

Gerade bei Überlegungen, wie mittel- und langfristig eine friedliche Koexistenz, ein europäischer Frieden aufgebaut und gestaltet werden kann, braucht es Dialog. Am besten Dialogformate auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen mit mehr als zwei beteiligten Gruppen, z.B. Teilnehmenden aus Deutschland, der russischen Anti-War-Community, anderer Interessierter und eben auch der interessierten Menschen aus der ukrainischen Community.

Zurück zur Ausgangsfrage: Bestimmte Formen des Dialogs sind in der jetzigen Situation nicht angezeigt, ja sogar schädlich. Andere Formen sind möglich und sollten angegangen werden. Angesichts der Gefahr wachsender Polarisierung, der physischen und psychischen Zerstörungen und der vor uns liegenden gewaltigen Aufgaben sagen wir: Jetzt erst recht!

Literatur:

Splinter, Dirk / Ljubjana Wüstehube (Hrsg.) (2020): Mehr Dialog wagen! Eine Ermutigung für Politik, gesellschaftliche Verständigung und internationale Friedensarbeit. Frankfurt a.M.: Metzner-Verlag.

Initiative Mediation Support Deutschland (IMSD) (2020): Krieg in der Ukraine – haben Verhandlungen eine Chance?, online unter: https://www.inmedio.de/wp-content/uploads/Krieg-in-der-Ukraine-Haben-Verhandlungen-eine-Chance_final2.pdf (letzter Zugriff: 27. September 2022)

7 Points on the War and Dialogue. From Ukrainian Mediators and Dialogue Facilitators (May 2022), online unter: https://peacefulchange.org/wp-content/uploads/2022/05/Public_Statement_War_and_Dialogue_Ukraine_ENG.pdf (letzter Zugriff: 27. September 2022)

Dirk Splinter und Ljubjana Wüstehube *(inmedio peace consult ggmbh, Berlin) sind Mediator*innen, Ausbilder*innen für Mediation und begleiten seit über 20 Jahren Dialogprojekte im In- und Ausland, u.a. in Deutschland, Nepal, Ägypten, Südkaukasus, Ukraine, Russland.*

Michael Schreckeis, *Psychoanalytiker*

Die Anerkennung des Unsagbaren

Überlegungen zu den Möglichkeiten eines Dialogs für schwer traumatisierte Menschen aus psychotherapeutischer Sicht

Von Michael Schreckeis.

Dialogfähigkeit von Opfern schwerer Traumata zu erwarten, stellt eine Überforderung dar. Psychotherapeutische Prozesse der Aufarbeitung von Gewalt mit dem Ziel eines Dialogs gelingen nicht in der stillen therapeutischen Kammer. Sondern: Es ist unabdingbar für das psychische Überleben der Opfer, dass erlebtes Unrecht benannt und anerkannt wird.

Dialogbemühungen als friedenspolitische Grundbedingung

Friedensgespräche zu führen und Dialoge zu beginnen sind friedenspolitische Voraussetzungen. Dabei werden gegensätzliche Positionen dargestellt, Verständnis für die Bedürfnisse der jeweils anderen Seite gefördert und, im Idealfall, kann ein Mindestmaß an Humanität gewährleistet werden. Was auf der friedenspolitischen Ebene eine Vorbedingung ist, bedeutet aber für Menschen, die Opfer von Kriegen und Misshandlungen sind, eine kaum zu bewältigende Herausforderung.

In der Aufarbeitung von sogenannten man-made-desastern, also Traumata, die durch das schuldhafte Verhalten anderer Menschen hervorgerufen wurden, zeigen sich die Grenzen des Dialogs. Menschen, die extreme Misshandlungen, Ohnmachtserfahrung, Verluste, Beobachtung von Gräueln (mit-)erlebt haben, reagieren häufig mit massiven Ängsten, völligem Unverständnis und gelegentlich auch mit offenem Hass gegenüber Täter*innen.

Viele dieser Menschen lehnen einen Dialog auf persönlicher als auch auf politischer Ebene ab. Sie empfinden es sogar mitunter als „zynisch", zu einem solchen eingeladen bzw. sogar aufgefordert zu werden. Sie fordern ihr Recht auf „Unversöhnlichkeit". Es kann nicht zusammengefügt werden, was unwiderruflich zerbrochen ist. Das Unsagbare kann nicht zum Gegenstand von Gesprächen/Dialogen werden.

Schwere Traumata haben massive Folgen auf die Beziehungs- und Dialogfähigkeit. Der Kontakt zu sich selbst und zu anderen ist gestört, viele Menschen können, als Folge schwerer Traumata, weder mit sich noch mit anderen in dialogische Beziehung treten.

Trauma: die Vernarbung der Seele

In der therapeutischen Arbeit mit Menschen nach dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien hörte ich oft die Redewendung: „Krv nije voda", „Blut ist kein Wasser". Damit sollte, im damaligen Kontext, die Bedeutung der nationalen Zugehörigkeit unterstrichen werden.

Blut ist etwas ganz Besonderes, etwas Wertvolles. Es ist nicht Wasser, von dem wir eh genug haben, das einfach so vergossen werden kann. Nein, Blut - in diesem Kontext die nationale Zugehörigkeit - ist etwas ganz anderes: etwas Dickflüssiges, Gewichtiges, der Lebenssaft. In der psychotherapeutischen Arbeit mit schwer Traumatisierten hat diese Redewendung aber noch eine weiterführende Bedeutung. Vergossenes Blut trocknet und verschwindet nicht so einfach und rückstandslos wie vergossenes Wasser. Tatsächlich vergossenes Blut hinterlässt nie wiedergutzumachende Narben und Wunden.

Beim Trauma geht es nicht um einen heute fast inflationär gebrauchten Begriff für eine belastende Erfahrung, der fast jeder Mensch in seiner Entwicklung ausgesetzt ist. Hier geht es um das Erleben oder Mit-Erleben einer existentiellen Bedrohung der eigenen körperlichen, mentalen und psychischen Unversehrtheit.

Ein solches Erlebnis erschüttert das Grundvertrauen existentiell. Abwehr- und Schutzmechanismen, die Menschen sonst zur Verfügung stehen, versagen. Dies führt zu den klassischen Symptomen wie Albträumen, plötzlich ins Bewusstsein drängenden Erinnerungen, Gefühlen von Stumpfheit oder auch Vermeidung von Situationen, die schmerzhafte Erinnerungen wachrufen könnten.

Manchmal genügen geringfügige sinnesspezifische Wahrnehmungen, um sogenannte flashbacks (Nachhallerinnerungen), in der Situation selbst scheinbar inadäquate, körperliche und psychische Reaktionen, auszulösen. Diese sind allerdings verständlich als Folgen von extremer Traumatisierung, die manchmal nicht nur als posttraumatische Belastungsstörung (F43.1 nach ICD10), sondern als andauernde Persönlichkeitsveränderung nach Extrembelastung (F62.0 nach ICD10) einzustufen sind. Bei manchen Menschen kommt es auch zu aggressiven, unerwarteten Impulsdurchbrüchen oder rätselhaften Panikzuständen, erhöhter Aufmerksamkeit und Ängstlichkeit. Auch Suizidgefahr, Drogenprobleme und Depressivität sind nicht selten. Am schwierigsten zu bemerken ist eine ausgeprägte Unauffälligkeit und Überangepasstheit, um jeden Zusammenhang mit dem erlebten Trauma vergessen zu machen.

Eine gelingende Behandlung nach Traumata erfolgt in mehreren Stufen: Sicherheit, Stabilisierung, Konfrontation, Integration. Erfahrungen zeigen allerdings, dass es vor allem um die Begleitung auf den ersten beiden Stufen geht. Es kann gelingen, Menschen zu begleiten, für sie da zu sein, gleichsam stellvertretend Sprache für Unaussprechliches zur Verfügung zu stellen. Oft ist Suizidverhinderung ein letztes Ziel, oder die Vermei-

dung von Kollateralschäden innerhalb der Familien. Gewalttätigkeit, Sucht und Depression belasten viele Angehörige. Das Leben vieler Klient*innen - bei Opfern durch den*die Feind*in bzw. die erlittenen Geschehnisse, bei Täter*innen durch die Schuld - ist dauerhaft verletzt, wenn nicht zerstört. Ein Dialog ist dadurch verhindert.

Die Sprache des Körpers

„Ich begreife, dass er nicht weiß, dass so etwas nicht erzählt werden kann, und ich möchte ihm auch gern den Gefallen tun; aber es ist eine Gefahr für mich, wenn ich diese Dinge in Worte bringe, ich habe Scheu, dass sie dann riesenhaft werden und sich nicht mehr bewältigen lassen. Wo blieben wir, wenn uns alles ganz klar würde, was da draußen vorgeht."

In diesem Zitat aus dem 1928 verfassten Roman von R. M. Remarque formuliert der Protagonist Paul Bäumer die Unmöglichkeit, seine Erlebnisse an der Front mitzuteilen.

So wie es für Opfer meist unerträglich ist, sich und die Umwelt mit den erlebten Situationen zu konfrontieren, so ist es noch seltener möglich, dass Täter*innen über ihre meist in Ausnahmesituationen begangenen Untaten sprechen. Schuldgefühle und Scham sind häufig zu bedrohlich. Nicht wieder gutmachbare Schuld, „vergossenes Blut", ist kaum aussprechbar.

Entlastender ist es, in psychotische Symptome, schwere Depressionen oder rätselhafte Somatisierungen zu fliehen. Implizit (sprachlos) sind sie als isolierte körperliche Phänomene wie Schmerzen, isolierte psychische Fragmente wie Albträume, Dissoziationen oder Impulse präsent. Sowohl in der psychotherapeutischen Arbeit mit Täter*innen als auch mit Opfern ist das Benennen, Besprechen, Verbalisieren existentiell und schwierig. Manchmal wissen nicht einmal die engsten Angehörigen von traumatisch Erlebtem.

Vergangenes wirkt weiter

Dialogfähigkeit setzt voraus, sich in eine andere Perspektive versetzen zu können, also empathisch zu sein. Dies vorschnell von Opfern schwerer Traumata zu erwarten, ist eine Überforderung. Psychotherapeutische Prozesse der Aufarbeitung von Gewalt mit dem Ziel eines Dialogs gelingen nicht in der stillen therapeutischen Kammer. Sie dürfen nicht losgelöst werden von einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung betrachtet werden.

Die psychologische Dimension der Dialogfähigkeit kann also nur auf Basis einer kulturellen, rechtlichen, politischen und ökonomischen Aufarbeitung stattfinden. Nur so gerät sie nicht in den Verdacht des Verschweigens und der Unterdrückung der Wahrheit durch vorschnellen Dialog und Versöhnungsansprüche.

Es ist unabdingbar für das psychische Überleben der Opfer, dass erlebtes Unrecht (öffentlich) benannt und anerkannt wird. Die historische Erforschung und damit Außer-Streit-Stellung von Fakten sowie eine Bestrafung von Täter*innen sind notwendig. Es ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Einrichtungen, in Sprache, Symbolik und Strukturen des öffentlichen Lebens, Alternativen zu Rache und Modelle für eine dialogische Kultur zu entwickeln.

Erst unter dieser Voraussetzung kann - therapeutisch begleitet - der Weg zu einer „Re-Humanisierung" (1) gelingen, indem auch Täter*innen in ihrem Schmerz, in ihrer Reue und damit in ihrem Menschsein anerkannt werden können und für die Opfer eine psychische Integration von Vergangenheit und Zukunft gelingen kann.

Verweis:

(1) Gobodo-Madikizela, P. (2006). Das Erbe der Apartheid – Trauma, Erinnerung, Versöhnung. Opladen&Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Michael Schreckeis, *geb. 1961, Psychoanalytiker in Salzburg, Mitarbeiter der Sexualberatungsstelle Salzburg sowie beim Projekt Hiketides, Psychotherapie für geflüchtete Menschen.*

BEZAHLTE ANZEIGE

Natascha Strobl, *Politikwissenschaftlerin*

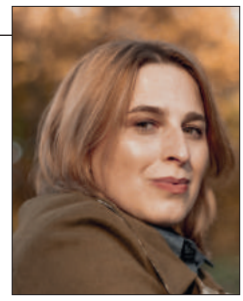


BILD: Christopher Glanzl

Die extreme Rechte und Russland

Ein neues goldenes traditonalistisches Zeitalter als Wunschtraum

Von Natascha Strobl.

Russlands extreme Rechte orientieren sich an den politischen Theorien von Alexsandr Dugin und Julius Evola. Ziel ist es, das angebliche Kali-Yuga - das dunkle Zeitalter - zu zerstören. Auf den Trümmern soll ein goldenes traditionalistisches Zeitalter errichtet werden. Der Ukraine-Krieg offenbart allerdings Bruchlinien innerhalb der Neuen Rechten.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wirft das Licht auf die Beziehungen zwischen russischen Staatsakteur*innen und europäischen und US-amerikanischen Akteur*innen. Diese sind vielfältig. Das betrifft die Oligarch*innenklassen aller Länder. Es betrifft die Verquickung mit und die Auslagerung von Energieversorgung. Es betrifft aber auch die besondere Beziehung Russlands unter Wladimir Putin mit der internationalen extremen Rechten. Diese ist nicht ohne Trübungen.

Money makes the world go round

Eine der wichtigsten Verbindungen zwischen Russland und Akteur*innen der extremen Rechten betrifft Finanzierungsflüsse. Diese sind notorisch schwer nachzuzeichnen. Am deutlichsten hat sich diese Verbindung in der Gewährung eines Millionenkredits für den Front National (heute Rassemblement National) gezeigt. Dieser wurde aber nicht offiziell über Staatsakteur*innen abgewickelt, sondern über eine Privatbank. Putins Partei „Einiges Russland" pflegte aber (mittlerweile ausgelaufene) Kooperationen und Verbindungen zu Parteien wie der FPÖ, Geert Wilders aus den Niederlanden oder der Lega Nord unter Matteo Salvini und zu konservativen Parteien, etwa den Unionsparteien in Deutschland. Wichtigster Verbinder war dabei Andrej Issajew, führender Funktionär von „Einiges Russland".
Aber auch die Verbindungen in den außerparlamentarischen Bereich sind zumindest über Umwege evident. So hat sich ein Netz von „Kulturinstituten" entwickelt, in deren Gremien Vertreter*innen der extremen Rechten sitzen. Mittlerweile sind die Vorstandslisten aus dem Netz verschwunden, so dass nicht mehr mit Sicherheit gesagt werden kann, wer wo einen (vermutlich monetär entlohnten) Posten hat.

Ein solches Institut hat seinen Sitz in Wien - das Suworow Institut. Der Generalsekretär ist Alexander Markovics. Markovics war Gründungsmitglied und maßgeblicher Akteur der Identitären. Das Finanzgebaren des Instituts bleibt unklar, stolz zeigt man aber Bilder und Auszeichnungen von Wladimir Putin.

Aleksandr Dugin und der russische Faschismus

Dazu passt, dass Markovics sich auch als Übersetzer von Aleksandr Dugin verdingt. Die Übersetzungen sind allerdings kein Russisch-Deutsch, sondern Englisch-Deutsch-Übersetzungen, und die passende Ideologie der Übersetzer ist offensichtlich wichtiger als sprachliche Fähigkeiten. Die deutschen Übersetzungen erscheinen u.a. im neurechten Arktos-Verlag. Es bleibt also alles in etablierten Netzwerken.
Dugin und seine vierte politische Theorie wurden zu seiner Leitlinie des internationalen und transnational organisierten Faschismus. Seine These ist, dass sich alle politischen Ideologien abseits des Liberalismus überholt haben und sich alle Gegner*innen des Liberalismus zusammenschließen müssten. Zusammenschließen muss man sich aber in der Klammer einer klar autoritären Gesellschaftsordnung - des Traditionalismus. Eine traditionalistische Gesellschaftsordnung sieht eine ständische Gesellschaftsordnung vor. Anleihen nimmt Dugin hier nicht zuletzt am indischen Kastensystem. Indien ist in diesem Denken zusammen mit Russland eine Bastion des Traditionalismus und gegen den westlichen Liberalismus. Die klare gesellschaftliche Einordnung in Stände wird einer sich vermischenden und entgrenzenden liberalen Gesellschaft gegenübergestellt, die Geschlechter- und Sexualitätsgrenzen aber auch Klassenmobilität zulässt. Der faschistische Dekadenz-Gedanke findet sich hier wieder.

Dugins Theorie bietet zwei Transformationen des klassisch faschistischen Denkens. Zum einen wird die Skala global, und es gibt nicht mehr den Kampf einzelner Nationalstaaten gegeneinander, ja nicht einmal einzelner Kontinente oder Kulturräume, sondern einen ideologischen Kampf Liberalismus vs Traditionalismus. In diesem Kampf ist Russland der positive Bezugspunkt des Traditionalismus. Das heißt aber auch, dass eine extreme Rechte, die sich diesem Denken verschreibt, global denkt und so mitunter gegen den eigenen Nationalstaat arbeitet. Der Kampf ist die ganze Welt und nicht mehr nur der eigene Staat. Und der Feind sind die westlichen Demokratien, die als komplett liberal verseucht dargestellt werden.
Sehr viel spielt sich hier auf der Ebene des Kulturkampfs ab. Es geht also um Feminismus, Homosexualität oder Transpersonen. Oder um antirassistische Pädagogik und zig begleitende Themen. Jedes dieser Themen und jeder minimale gesellschaftliche Fortschritt wird als Beleg des Verfalls und der Abgehobenheit einer gesellschaftlichen Elite gedeutet.
Liberal und links verschmelzen hier zu einer Einheit. Traditionalistische (also faschistische) Kräfte agieren aus dem Untergrund und sind die letzte Rettung. Es braucht die Herausforderung von innen und von außen, die sich miteinander gegen den westlichen Liberalismus verbünden und ihn zerstören.

Goldene Zeiten

Dugin ist wie Bannon von Julius Evola inspiriert. Ziel ist es, ein neues goldenes Zeitalter einzuläuten. Sowohl Bannon als auch Dugin pflegen ein zyklisches und kein lineares Weltbild. Im Moment befinden wir uns im Kali-Yuga, im dunklen Zeitalter. Das muss durch Beschleunigung der

Krisen und einen apokalyptischen Endkampf überwunden werden. Auf den Trümmern ist ein neues goldenes Zeitalter möglich. Dieses Denken bietet Anknüpfungspunkte für religiöse und esoterische Kräfte. In der Zange USA unter Trump und Russland unter Putin soll versucht werden, diesen apokalyptischen Endkampf zu erzwingen und die Welt vom Liberalismus zu befreien. Liberalismus ist hier eigentlich Postmoderne. Und Postmoderne meint eigentlich jede Errungenschaft des Modernismus.
„Revolte gegen die moderne Welt" war eines der wichtigsten Werke Evolas, der für eine Überwindung der Moderne plädierte, um ein goldenes Zeitalter einzuläuten. Evola war einer der wichtigsten Theoretiker des italienischen Faschismus. In einer unheimlichen Parellele übernehmen Dugin und Bannon diese Rolle für einen Faschismus des 21. Jahrhunderts.

Spaltungen

Doch es ist nicht alles so klar, auch wenn weite Teile der extremen Rechten die traditionalistische Perspektive übernommen haben. Der Krieg gegen die Ukraine hat aber enorme Spaltungstendenzen für die extreme Rechte. Ein nicht unwesentlicher Teil sieht sich nämlich in Loyalität zur Ukraine. In dieser faschistischen Projektion ist die Ukraine die letzte Bastion eines weißen Europas, das verteidigt werden muss.Der tiefsitzende Antikommunismus erlaubt es diesen Teilen (wir sprechen hier vor allem vom Neonazismus, aber er reicht auch tief in die Neue Rechte hinein), Russland nach wie vor als kommunistischen Feind zu sehen, gegen den man sich wehren muss. Putin wird als Nachfolger Stalins und Russland als neue Sowjetunion gesehen. Diese muss, das ist aus einer neonazistischen Logik klar, besiegt werden. Nach 2014 hat sich die Zusammenarbeit zwischen europäischen und ukrainischen Nazis und Faschisten intensiviert. Das bringt gerade Teile der Neuen Rechten in eine Bredouille, da diese Spaltungen quer durch die Szene gehen. Akteur*innen wie Sellner versuchen in beide Richtungen zu kalmieren und eine Mittelposition einzunehmen. Im Zweifelsfall ist natürlich alles eine große Verschwörung, und die NATO oder Soros sind schuld. Auch das ist ein bekanntes Muster. Während sich ein Teil der extremen Rechten unter russischer Führung im Endkampf gegen den Westen sieht, so rüstet sich ein anderer (quantitativ kleinerer) Teil zur Verteidigung Europas gegen Russland. So oder so entscheidet sich die Zukunft der extremen Rechten an Russland.

Natascha Strobl *ist Politikwissenschaftlerin aus Wien. Sie beschäftigt sich mit der extremen Rechten, insbesondere der Neuen Rechten. Ihr aktuelles Buch ist 2021 im Suhrkamp-Verlag erschienen: "Radikalisierter Konservatismus". Es beschreibt konservative Parteien, die die Strategien der extremen Rechten übernehmen.*
Zuvor hat sie mit Julian Bruns und Kathrin Glösel "Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa" (Unrast) und "Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute" (VSA) verfasst. Auf Twitter schreibt sie unter #NatsAnalyse tagesaktuelle Analysen zu rechter Sprache und Strategien. Sie publiziert außerdem z.B. in der Zeit, dem Spiegel, Dagens Nyheter oder dem Standard.

„Plötzlich sind Schauspieler*innen an der Front“

Der Schauspieler Jurij Diez über Kunst und Kultur im Ukraine-Krieg

Das Gespräch führte Kristina Langeder-Höll.

BILD: Franz Kimmel

Künstler*innen in der Ukraine und in Russland stehen stark unter Druck. Jurij Diez beschreibt, was Kolleg*innen in beiden Ländern derzeit durchmachen.

Kranich: Nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bekundeten zahlreiche Künstler*innen und Kulturschaffende ihre Solidarität mit der Ukraine und den Menschen vor Ort. Besonders russische Personen wurden aufgefordert, sich von Putin und dem Krieg zu distanzieren. Taten sie dies nicht, wurden sie – zumindest zeitweise – sanktioniert. Wie legitim ist es Ihrer Ansicht nach, politische Positionierungen in diesem Kontext einzufordern?

Diez: Das ist eine heikle und schwierige Frage. Es ist legitim und gleichzeitig nicht legitim. Mich hat diese Kontroverse ja auch betroffen, auf verschiedenen Ebenen. Einerseits habe ich im März diesen Jahres bestimmte Gruppen verlassen, in denen sich Künstler*innen bis dahin über Projekte ausgetauscht hatten, weil die Menschen begannen, sich gegenseitig zu beleidigen. Das war wie bei einem Blitzableiter. Auch ich wurde beleidigt und zwar für etwas, das ich nicht bin – also allein die Tatsache, russisch zu sein oder als russisch wahrgenommen zu werden, hat ausgereicht. Aber solche Beleidigungen kamen von verschiedenen Seiten: Einerseits von russischen Kolleg*innen, zu denen ich mittlerweile jeglichen Kontakt abgebrochen habe, die sagten, dass man in Europa einer Gehirnwäsche unterzogen und selbst zu einem „Nazi“ werden würde, die also in einer Linie mit der Kriegspropaganda stehen. Andererseits gab es Anfeindungen von im Westen lebenden Menschen, als klar wurde, dass weniger Gas von Russland nach Europa kommen würde – die Schuld für diese schwierige Lage wurde den Ukrainer*innen oder auch russischsprachigen Migrant*innen, die sich gegen Putin wenden, gegeben. Das ist natürlich unangenehm.
Aber eigentlich finde ich diese ganze Diskussion zu spät. Es gibt schon lange Künstler*innen, die mit Putin, seinem System und seiner Ideologie sympathisieren, und man hat das lange gewusst und toleriert. Die haben hier Karriere gemacht. Das hätte man viel früher problematisieren und eine öffentliche Diskussion darüber führen müssen.

Kranich: Muss man als Künstler*in mit Repressionen rechnen, wenn man sich gegen Putin und die durch sein Regime vertretene Ideologie positioniert?

Diez: Zwar bin ich in Kasachstan geboren und lebe seit 2002 in Deutschland, ich habe aber auch lange in Russland gelebt und hatte durch diverse Projekte – u.a. mit dem Goethe-Institut – immer wieder Kontakt zu Ukrainer*innen und Russ*innen bzw. habe diese Länder auch später oft besucht, mindestens einmal im Jahr. Ich kenne die Länder also recht gut. Auf jeden Fall habe ich in den letzten Jahren eine Veränderung wahrgenommen. Die Ideologie – imperialistisches Denken, die Fantasie eines neuen Zarenreiches mit eher sowjetischen Strukturen – ist zusehends erstarkt. Reporter*innen, die sich meine Projekte angesehen haben, haben plötzlich andere Fragen gestellt. Sie waren sehr provokativ und anti-westlich. Da hatte ich eindeutig das Gefühl: Es geht jetzt nicht um mich als Künstler oder um mein Projekt, sondern es geht um innenpolitische Ziele, für die ich instrumentalisiert werde. Es geht darum, Menschen in eine bestimmte Richtung zu lenken, zu kontrollieren und die Machthaber zu stärken. Sobald eine*r den Mund aufmacht und dagegen auftritt, muss er*sie mit Repressionen rechnen. Mittlerweile gibt es eigentlich keine freie Presse mehr. Gute Freunde von mir gaben in Jekaterinburg beispielsweise eine Satirezeitschrift heraus, doch ihnen wurde innerhalb kürzester Zeit die Auflage drastisch reduziert. Wurde diese Zeitschrift vorher u.a. auch im Ausland vertrieben, darf sie jetzt nur mehr an einem einzigen Kiosk in Jekaterinburg verkauft werden. Ein Freund von mir, der Anfang März auf einer Anti-Kriegs-Demo war, muss eine horrende Geldstrafe zahlen. Die Tochter eines anderen Freundes ist derzeit in Haft, weil sie mit einer weißen Tulpe in Jekaterinburg zu einem Friedensdenkmal gegangen ist. Sie hatte weder ein Plakat dabei noch hat sie irgendwas gesagt. Der Prozess läuft noch; dem 21-jährigen Mädchen droht eine Haftstrafe von 18 Jahren. Ich denke, wenn man diese Hintergründe kennt, sind manche (fehlenden) Reaktionen von russischen Künstler*innen durchaus verständlich.

Kranich: Wie hat sich das Leben v.a. für Künstler*innen noch verändert?

Diez: Ich habe Kolleg*innen, Schauspieler*innen, die an der Front für die Ukraine kämpfen. Unter den Freiwilligen, die sich für die ukrainische Armee gemeldet haben, waren überhaupt sehr viele Künstler*innen, die sich auf ihre ganz eigene Art und Weise eingebracht haben. Einerseits denken Künstler*innen weniger linear, was von Vorteil sein kann; andererseits wurden von ihnen z.B. Drohnen zur Verfügung gestellt, was dem Militär sehr geholfen hat. Wenn ich aber daran denke, dass wir noch vor zwei Jahren gemeinsam eine Komödie gespielt haben und sie mir jetzt Nachrichten von der Front schicken… Also, sie schicken Videos, um zu sagen, dass es ihnen gut geht, und im Hintergrund hört man ständig Explosionen; sie informieren uns auch über all jene, die gefallen sind. Es ist für mich kaum zu fassen.

Es gibt aber noch einen anderen Zusammenhang zwischen Krieg und Kultur: Meiner Meinung nach geht es bei dem Ganzen auch um den Versuch, eine Kultur auszulöschen. Daher werden etwa Museen bombardiert und Bücher verbrannt. Die ukrainische Sprache und Kultur sollen zerstört werden.

Kranich: Es gibt ja Berichte, dass – obwohl ein guter Teil der ukrainischen Bevölkerung Russisch versteht – sich dieser mittlerweile weigert, Russisch zu sprechen. Was sind Ihre Erfahrungen?
Diez: Als ich früher öfter in der Ukraine war, konnte ich ohne Probleme Russisch sprechen, ohne diskriminiert zu werden. Mittlerweile sprechen viele Menschen nicht mehr Russisch, obwohl sie die Sprache beherrschen, weil das die Sprache des Aggressors ist. Das ist eine Form des Widerstands, denke ich, und eine sehr nachvollziehbare menschliche Reaktion: Wenn versucht wird, meine Sprache zu vernichten, dann werde ich natürlich versuchen, diese zu verteidigen und zu schützen. Aber das ist ohnehin ein Konflikt, der schon länger dauert. Es gab immer wieder Versuche, die ukrainische Sprache zu unterdrücken, z.B. durch die Gründung russischer Schulen, die die russische Sprache fördern sollten. Im Bildungssystem wurden bewusst Lehrer*innen eingesetzt, die auf Russisch unterrichteten, wodurch Ukrainisch eher als Sprache der Landbevölkerung galt, v.a. im Osten. Aber diese Menschen identifizieren sich oft trotzdem als Ukrainer*innen. Einer der Schauspieler*innen, die ich kenne und die jetzt im Krieg kämpfen, ist beispielsweise ein russischsprachiger Autor und Lehrer. Er kommt aus der Gegend von Donezk und kämpft jetzt für die Ukraine, weil er seine Heimat verteidigen will.

Kranich: Das Bild von Künstler*innen, die an der Front kämpfen, ist ein sehr eindringliches. Kann Kunst und Kultur vor Ort in der Ukraine überhaupt noch stattfinden? Immerhin haben diese ja auch das Potential, zu stärken, zu ermutigen, Sinn und Identität zu stiften.
Diez: In sehr reduzierter Form, ja. Viele Musiker*innen spielen z.B. in U-Bahn-Stationen, die als Luftschutzbunker genutzt werden, Konzerte werden aber beispielsweise nicht mehr gespielt. Auch das Theater in Kiew, mit dem ich lange eng zusammengearbeitet habe, ist zum Beispiel aktiv. Aber sie führen nur ganz kurze Stücke auf mit dem wenigen Personal, das noch vor Ort ist – das sind dann eher Lesungen, manchmal begleitet von Musik, oder Ähnliches. Die sind bewusst kurzweilig, meist handelt es sich um etwas Leichtes und keine Tragödien. Wenn diese Aufführungen gezeigt werden, werden sie oft von Luftalarm unterbrochen, dann müssen alle in den Schutzkeller und kommen im Anschluss wieder rauf und das Stück läuft weiter. Es geht dabei vor allem um den Austausch von Energie, um gegenseitigen Kontakt, gegenseitiges Aufbauen; und das ist ganz wichtig! Aber zusätzlich dazu könnten sich Künstler*innen meiner Meinung nach zusammentun und Programme überlegen, wie man Sprache und Kultur fördern kann, in der Gegenwart und auch perspektivisch für die Zukunft. Dabei muss es auch um das Bildungssystem gehen bzw. verschiedene Bereiche mitgedacht werden. Das passiert derzeit noch zu wenig. Ich fände es aber wichtig, damit nicht allzu lange zu warten, denn sonst wird zu viel zerstört und es entstehen vielleicht zu tiefe Gräben. Das wäre ein wichtiger gesellschaftspolitischer Auftrag an Künstler*innen, den es anzunehmen gilt.

Kranich: Vielen Dank für das Gespräch!

***Jurij Diez** – geboren in Kasachstan, aufgewachsen in Russland, lebt und arbeitet seit 2002 als freier Schauspieler, in Deutschland und Österreich. Neben seinen zahlreichen Rollen aus der klassischen und modernen Theaterliteratur hat er mehrfach Mono-Stücke gespielt und wurde weltweit auf Festivals, unter anderem zum größten Theaterfestival für Mono-Stücke „United Solo" auf Broadway in New York / USA eingeladen. Die interkulturelle Film- und Theaterarbeit ist ein Schwerpunkt seiner künstlerischen Arbeit, zu der auch mehrsprachige Inszenierungen in der Ukraine, Russland und China gehören.*

AKTUELLES WORKSHOP-ANGEBOT

KEINE ANGST VOR „SOWOHL ALS AUCH"

Dilemma-Diskussionen ergebnisoffen und demokratisch führen

Die gegenwärtigen politischen und sozialen Herausforderungen wirbeln Erwachsene, Kinder und Jugendliche gehörig durcheinander. Im Wunsch, sich zu orientieren sowie „einfache Antworten" auf schwierige Fragen zu finden, werden Standpunkte wie richtig oder falsch / schwarz oder weiß angepeilt. Die Fähigkeit zur vielfältigen, kontroversen Auseinandersetzung wird eingeschränkt und der Kontakt mit jenen, die andere Vorstellungen haben, erschwert.

Im Sinne von „sowohl als auch" lernen die Schüler*innen eine besondere Art der Diskussion kennen. Das Dilemma-Format, bietet einen sicheren Rahmen, um spaltende Auseinandersetzungen hilfreich, lösungsbezogen und demokratisch zu gestalten. In einer methodischen Abfolge werden eigene Standpunkte vertreten sowie andere Sichtweisen gehört und anerkannt. Die Erfahrungen im Durchleben von Unvereinbarkeiten beim Workshop, unterstützen die Schüler*innen dabei, aktuelle, entgegengesetzte Themen in der Klasse demokratisch zu bearbeiten.

Ziele:
Gewaltprävention / Konfliktbearbeitung / Diskussionen ergebnisoffen führen / ein demokratisches Dialogformat kennenlernen / Meinungsvielfalt anerkennen / Polarisierung entgegenwirken / Gruppen stärken

Zielgruppe:
Schüler*innen

Schultyp:
Sekundarstufe I

Dauer:
- 1 UE Vorgespräch mit dem Klassenvorstand und eine/r Referent*in
- 3 UE Workshop mit zwei Referent*innen
- 1 UE Nachbesprechung mit dem Klassenvorstand und den beiden Referent*innen

Information & Anmeldung:
Barbara Wick | wick@friedensbuero.at | 0662 873931

SEMINAR

VIELFALT NUTZEN DURCH TRANSKULTURELLE KOMPETENZ

Freitag, 11. November, 14:00 bis Samstag, 3. Dezember, 18:00
St Virgil Salzburg. Ernst-Grein-Straße 14, 5026 Salzburg

Kulturelle Unterschiede werden immer häufiger für Krisen, Konflikte und Kriege verantwortlich gemacht. Das Kennenlernen von Multi-, Inter- und Transkulturkonzepten sowie die Reflexion eigener kultureller Wertvorstellungen bilden die Basis, um transkulturelle Kompetenz in der Praxis anwenden zu können.

Dabei sind folgende Fragen wesentlich: Wie wird mit kultureller Vielfalt in der Gesellschaft umgegangen? Was kann getan werden, damit Menschen mit unterschiedlichen kulturbedingten Wertvorstellungen zusammenarbeiten und –leben können? Wie kann uns dabei transkulturelle Kompetenz helfen?

Ziele: Die Teilnehmer*innen sind in der Lage, ihre eigenen kulturellen Wertvorstellungen zu reflektieren. Sie lernen die verschiedenen Konzepte von Multi-, Inter- und Transkultur kennen.

Referentin: Mag.a Dr.in Daniela Molzbichler, studierte Kommunikations- und Politikwissenschaft in Salzburg. Seit über 15 Jahren arbeitet sie in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Seit 2005 ist sie als Beraterin für Social-Profit-Organisationen tätig, hauptberuflich Lehrende an der Fachhochschule in Salzburg.Schwerpunkte in ihren Lehraufträgen und Workshops in Österreich: Transkulturalität, Konfliktmanagement, Entwicklungspolitik, Projektmanagement, Diversity & Intersektionalität.

Kosten: 250.- € | Das Seminar ist als Teil des Lehrgangs „Bevor's kracht" einzeln buchbar.

Information & Anmeldung: Barbara Wick | wick@friedensbuero.at | 0662 873931

In Kooperation mit St. Virgil Salzburg, Plattform gegen Gewalt in der Familie, Bundeskanzleramt, Verein selbstbewusst, Jugend am Werk - Vielfalt wirkt. Mit freundlicher Unterstützung von PRO JUVENTUTE Soziale Dienste GmbH.

KOSTENLOSE WORKSHOPS

„EXTREMISMUSPRÄVENTION MACHT SCHULE"

Projektförderung für Schulen durch den OeAD - Agentur für Bildung und Internationalisierung

Seit April 2022 können Schulen ausgewählte Angebote des Friedensbüros **kostenfrei** im Rahmen des Unterrichts in Anspruch nehmen. **Der OeAD - Agentur für Bildung und Internationalisierung übernimmt die Kosten** für die Workshops im Zuge ihres Projekts "Extremismusprävention macht Schule".

Je nach Thema, Ausgangssituation, Vorstellungen und Ressourcen können die Workshops **3-4 Unterrichtseinheiten** umfassen.

Nähere Informationen zu Dauer und Ablauf der Workshops unter:
www.friedensbuero.at/workshopreihe-extremismuspraevention-macht-schule

Die **Buchung** erfolgt über die Homepage des OeAD unter folgendem Link:
https://extremismuspraevention.oead.at/ep/angebote

SEMINAR

LÖSUNGSFOKUSSIERTE KOMMUNIKATION & BERATUNG

Freitag, 2. Dezember, 14:00 bis Samstag, 3. Dezember, 18:00
St Virgil Salzburg. Ernst-Grein-Straße 14, 5026 Salzburg

Spannungen. Erste Verkrampfungen spüren. Sich unverstanden fühlen. Den/die Gesprächspartner*in weniger ernst nehmen. Recht haben wollen. Vielleicht die Stimme erheben – oder senken. Stärker gestikulieren – oder sich abwenden und verschränken. Schlüsselwörter stärker hören als den Rest des Gesagten und eher auf diese reagieren – durch Schweigen oder durch dagegen argumentieren. Ein guter Hinweis, dass wir unsere Kommunikation überprüfen sollten, bevor es kracht. Denn all das sind Zeichen dafür, dass wir eskaliert sind.

Inhalte

- Wir prüfen Kommunikationstheorien, lernen Techniken der konstruktiven Gesprächsführung kennen.
- Wir erproben und üben Grundhaltungen der Deeskalation.
- Wir lernen eine Form der Konfliktanalyse kennen, die wir für uns selbst aber auch für andere Konfliktparteien in der Beratung anwenden können.

Das Modul wird methodisch bestimmt durch einen Wechsel von Inputphasen, Kleingruppenarbeit, Übungen, Selbstreflexion und der Arbeit an Fallbeispielen aus Ihrem Erfahrungsraum.

Referent: Holger Specht, Mediator (BM & SDM), Ausbilder für Mediation (BM) und Konfliktmanagement, Fachkraft für strukturelle Prävention sexueller Gewalt in der Kinder und Jugendarbeit (BJR PräTect), Lehrbeauftragt an verschiedenen Hochschule in der Schweiz; Früher tätig als Erwachsenenpädagoge und pädagogischer Koordinator eines Bildungsunternehmens des Internationalen Bundes (IB e.V.)

Kosten: 250.- €
Das Seminar ist als Teil des Lehrgangs „Bevor's kracht" einzeln buchbar.

Information & Anmeldung: Barbara Wick | wick@friedensbuero.at | 0662 873931

In Kooperation mit St. Virgil Salzburg, Plattform gegen Gewalt in der Familie, Bundeskanzleramt, Verein selbstbewusst, Jugend am Werk - Vielfalt wirkt. Mit freundlicher Unterstützung von PRO JUVENTUTE Soziale Dienste GmbH.

FriedensBüro Salzburg

KRANICH

Kranich-Abo:
4 Ausgaben um 14 Euro

Mitgliedschaft im Friedensbüro:
Mitglied: 30 Euro
Fördermitglied: 60 Euro
Student*in, Zivildiener*in und Wehrdiener*in: 18 Euro

Mit Ihrem Abo unterstützen Sie die Arbeit des Salzburger Friedensbüros.

WIR DANKEN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG.

Das Friedensbüro wird unterstützt von Stadt Salzburg und Land Salzburg

LAND SALZBURG · wissen:stadt salzburg · Bundesministerium Arbeit, Familie und Jugend

Wir danken für die Unterstützung:

GEA GehenSitzenLiegen · AK SALZBURG · Salzburger SPARKASSE Was zählt, sind die Menschen.

Das Friedensbüro ist Mitglied folgender Plattformen:

Plattform gegen die Gewalt in der Familie · ABFANG · WIR SIND MITGLIED DER PLATTFORM FÜR MENSCHENRECHTE

OFFENLEGUNG
lt. Mediengesetz §§25 +43, BGBl. Nr. 314/1981

Der KRANICH ist die Zeitung des Friedensbüros Salzburg und berichtet mindestens vierteljährlich über friedenspädagogische und friedenspolitische Themen, Inhalte der Friedensforschung sowie Aktivitäten des Vereins „Friedensbüro Salzburg".

Österreichische Post AG Infomail Entgelt bezahlt.

FriedensBüro Salzburg

Impressum:
Kranich 3/22, Friedensbüro Salzburg,
Franz-Josef-Straße 3, 5020 Salzburg.

www.friedensbuero.at

BUCHTIPP

Dirk Splinter & Ljubjana Wüstenhube, „Mehr Dialog wagen!: Eine Ermutigung für Politik, gesellschaftliche Verständigung und internationale Friedensarbeit", Wolfgang Metzner Verlag 2020, 336 Seiten, 29,70 Euro. ISBN-10: 3961170568, ISBN-13: 978-3961170562

Dialog ist das Wort der Stunde. Ob Klimapolitik, Krisenintegration, internationale Diplomatie oder Versöhnung nach Bürgerkriegen - typische Gesprächsversuche scheitern oft, und sie scheitern meist aus ähnlichen, vorhersehbaren Gründen.

Die Autor*innen demonstrieren, wie ein wirklicher Dialog aussieht; ein Dialog, der die Kontrahent*innen auf neue Weise miteinander verbindet und voranbringt.

Eine maßgebliche Rolle spielen dabei Moderator*innen, die einen Raum schaffen, in dem unterschiedliche Ansichten nebeneinander stehen können. Vom Reden über das Zuhören zum Verstehen kommen – die Autor*innen entwerfen ein Dialog-Modell, das mehr ist als „miteinander reden".

Zwölf Erfahrungsberichte zeigen am praktischen Beispiel, wie mediative und moderierte Verständigungsprozesse sowohl innerhalb einer Gesellschaft als auch international umgesetzt werden können. Sie zeigen, dass es sich lohnt, einen solchen Dialog zu wagen.

Einen Beitrag von **Dirk Splinter** und **Ljubjana Wüstenhube** lesen Sie ab Seite 6.

„DIALOG ÜBER GRENZEN - GRENZEN DES DIALOGS"

SYMPOSIUM 2022

Gesellschaftliche Polarisierungen im Kontext des Ukraine-Kriegs
Freitag, 21. Oktober bis Samstag, 22. Oktober 2022

Wer in diesen Tagen von „Dialog" spricht, droht der pazifistischen Naivität bezichtigt zu werden. Doch Dialogprozesse basieren nicht nur auf pazifistischen Grundannahmen, sie sind gleichzeitig auch zutiefst pragmatischer Natur. Nicht nur in der Prävention und der Nachbearbeitung, auch in eskalierenden Konfliktphasen sind sie von eminenter Bedeutung, wenn es darum geht, in Verbindung zu bleiben, Ausstiege aus der Gewaltspirale zu ermöglichen oder schlicht Zeit zu gewinnen. Werden diese kommunikativen Zugänge missachtet oder hintangestellt, droht eine anhaltende Militarisierung und Radikalisierung der vom Krieg unmittelbar betroffenen Täter- und Opfergruppen und ein Versickern von Kanälen auf politischer, zivilgesellschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Ebene. Im Rahmen einer zweitägigen Veranstaltung wollen wir einen kritisch-reflektierenden Blick auf Dialogprozesse und -initiativen werfen, ihre Potentiale und Grenzen diskutieren sowie Gestaltungsmöglichkeiten beleuchten.

Tag 1: Den Dialog reflektieren – Grenzen ausloten, 17:00-21:00, ARGEkultur Salzburg
Nach der Pandemie erschüttert und polarisiert der Krieg in der Ukraine die Gesellschaft. Doch wie sollen wir auf diese Entwicklungen reagieren und welche Rolle spielen Dialogprozesse dabei? Ist es legitim, mit Menschen in Dialog zu treten, die für Kriegsverbrechen und permanente Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, diese trivialisieren oder gar gutheißen? Laufen Dialogprojekte Gefahr, Menschen mit Kränkungen und Traumatisierungen in ihren Bedürfnissen nach Sicherheit und Anerkennung zu missachten? Wie müssen Dialogprozesse gestaltet werden, um nicht als Appeasement, als Rechtfertigung oder Zementierung von Unrecht und Asymmetrie von der gegnerischen Propaganda missbraucht zu werden?

Podiumsgespräch mit Natascha Strobl (Politikwissenschaftlerin, Wien), Dirk Splinter (Mediator & Diplompädagoge, inmedio Berlin), Michael Schreckeis (Psychotherapeut, Verein Hiketides Salzburg); Moderation: Stefan Wally, JBZ

19:00-20:00: *Video und anschließendes Gespräch* zur Rolle von Kunst und Kultur in Dialogprozessen mit dem Schauspieler *Jurij Diez*

Anschließend gemeinsames Beisammensein mit Musik und Buffet

Organisatorisches:
Preis inkl. Buffet: € 18 VK / € 20 AK | Anmeldung: www.argekultur.at
Freier Eintritt für Friedensbüro-Mitglieder, Anmeldung bis 7.Oktober: office@friedensbuero.at

Tag 2: Den Dialog wagen - in Verbindung bleiben, 09:30 - 17:00, St. Virgil Salzburg
In welchen Zeiträumen müssen wir denken, wenn es darum geht, Dialog wieder lebbar zu machen? Welche historischen Erfahrungen helfen uns, Dialogprozesse zu verstehen und wie weit und wie lange ist es geboten, den Grenzen des Dialogs Zugeständnisse machen?

*Seminar mit Dirk Splinter und Ljubjana Wüstehube (Mediator*innen, inmedio Berlin), die seit über 20 Jahren Dialogprojekte begleiten und ihre Konzepte an nationalen und internationalen Hochschulen lehren. Geschlossene Gruppe, keine Anmeldung möglich.*